

## REINHARD MOCEK

# Alternative Wissenschaftskonzepte in der Debatte

Manchmal kann man den Eindruck haben, daß in unseren Tagen alles, was das Attribut des »Alternativen« im Schilde führt, als obsolet gilt. Und das nicht nur in politischer Hinsicht, wo es durch den in der Regel linken Anstrich, mit dem es einhergeht, den herrschenden Doktrinen besonders unangenehm ins Auge sticht – nein: auch im Bereich des akademischen Nachdenkens über die Veränderungen, die unsere Welt nötig hat. Hier hat es gar den Ruf des Undurchdachten und deshalb besonders Risikobehafteten.

Dabei zeigt ein Blick auf die Wissenschaftstheorien des nun ablaufenden Jahrhunderts, daß diese als Produkte eines kritischen wissenschaftsbewußten Zeitgeistes den Vertretern der erkennenden Vernunft im Grunde genommen stets alternative Angebote machten, zumindest das methodologische Selbstbewußtsein der Wissenschaft scharf aufs Korn nahmen; denken wir nur an Karl R. Popper oder Imre Lakatos. Oder sie brachen mit sämtlichen überkommenen Ansichten zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, was zuerst eindrucksvoll Robert K. Merton demonstrierte und nach ihm die britische Wissenschaftlerlinke um John D. Bernal.

Schaut man auf die Folgen all dieser Vorschläge für ein neues Selbstverständnis der Wissenschaft in kognitiver und sozialer Hinsicht, dann waren sie wohl zeitweise in fast aller Munde, aber haben realiter an der Wissenschaft selbst kaum etwas verändert. Jedoch haben sie sämtlich zur Selbstreflexion der Wissenschaft eine Menge beigetragen – und sind somit indirekt mitverantwortlich für die aktuelle politisch-kritische Literatur über die Wissenschaft und die Verantwortung der Gesellschaft ihr gegenüber. Erinnerung sei an Hans Jonas und Erich Fromm, Jürgen Habermas und Ulrich Beck, um nur die bekanntesten Namen zu nennen.

Und aus dieser Tradition flossen und fließen eine ganze Menge an Gestaltungsideen, aber auch Warnungen und ethische Überlegungen zu den Grenzen der Anwendbarkeit wissenschaftlicher Resultate. Doch derartige durchgreifende Vorstellungen zum sozialen Gestaltwandel der Wissenschaft, zur Umgestaltung ihrer Bewegungsform, zur teilweisen Neuformulierung ihrer Ziele sind in der neueren Literatur selten geworden. Was nicht heißt, daß sie ganz und gar fehlten, denn zu den Möglichkeiten einer demokratischen politischen Kultur im Wechselwirkungsrahmen von Wissenschaftlern, Politikern und engagierten Bürgern gibt es durchaus brauchbare Vorschläge.<sup>1</sup> Die werden jedoch von den politischen Parteien, wenn diese an die Ausarbeitung ihrer wissenschafts- und technikpoliti-

Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin. Veröffentlichungen u.a. Gesellschaftstheorien (1980), Neugier und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte. Potentiale linken Denkens in Deutschland-Ost. Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem, in: UTOPIE kreativ Heft 68 (Juni) 1996 S. 5-14.

1 Vgl. M. Linke: Demokratische Gesellschaft und öko-

schen Konzepte gehen, viel zu wenig berücksichtigt. Ich bin andernorts ausführlich auf diese Diskurskultur eingegangen.<sup>2</sup> In vorliegendem Gedankengang spielt sie insofern eine Rolle, als ich mich in schlagwortartiger Verkürzung mehrfach darauf beziehe. Allein: Im Vordergrund steht hier ein anderes Problem – das der Möglichkeiten und Chancen eines linken alternativen wissenschafts- und technologiepolitischen Konzeptes. Wie sieht es damit aus angesichts der pragmatischen Steuerungsaktivitäten der herrschenden Wissenschaftsadministration, die fraglos darauf abzielen, den gewaltigen Black-Box-Komplex von Wissenschaft und Technologie so optimal wie möglich auf die ökonomische Stabilität des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland auszurichten? Und angesichts der den marxistischen Theoretikern schon zu DDR-Zeiten geläufigen Tatsache, daß Produktivitätszuwachs, Verkaufschancen und Prosperität langfristig nahezu ausschließlich – sieht man von einigen Wirtschaftszweigen ab, die noch auf lange Sicht mit den traditionellen Technologien zurechtkommen – von der Einbeziehung neuester Wissenschaft abhängen?

Doch hier schon stößt man auf eine Grundfrage der Strategiediskussion sozialistischer Opposition hierzulande: Ist alternative Politik oppositionell dem ganzem System gegenüber, oder verwirft sie nur die vorherrschenden Gestaltungsmaximen? Auf die Wissenschaftspolitik gewendet könnte das heißen, ob sich linke Wissenschaftspolitik auf den vorhandenen Komplex von Wissenschaft und Technik orientieren soll oder aber Konzepte fördern müßte, die einen völlig neuen Wirtschafts- und Lebensrahmen auf der Basis sanfter oder gänzlich ökopolitisch verfaßter Technologien vorstellen?

Will man sich auf diese Frage einlassen, steht man urplötzlich inmitten grundsätzlicher gesellschaftstheoretischer Debatten. In diesen Konzepten ist die Wissenschafts- und Technologiepolitik zum Ausgangspunkt für eine grundlegende gesellschaftliche Erneuerung avanciert, denn das längerfristige Umformen des Wissenschafts- und Technikpotentials auf die strikte ökopolitische Dimension hat einschneidende Folgerungen für die künftige Gestaltung des Lebensalltags zur Folge, die hier nur angedeutet werden können. Allein die Struktur unserer Städte, der Arbeitswege, der Arbeitsplatzreservoirs etc. ist so eng an den hochflutenden Verkehr gekoppelt, daß eine Rückstrukturierung auf weniger Energieverbrauch, weniger Autos, kürzere Wege, sanfte Technologien etc. zu einer ungeahnten komplexen Umgestaltung des gesamten sozialen, ökonomischen und politischen Lebensrahmens zwingt, die weit über das hinausgeht, was eine Umgestaltung der Produktionsverhältnisse für eine solche Gesellschaft bedeuten würde! Pointiert ausgedrückt: Die sozialistische Revolution wäre ein Kinderspiel im Vergleich mit dem, was eine ökopolitische Rückstrukturierung der Produktivkräfte für diese Gesellschaft mit sich bringen würde!

Doch das soll hier nicht weiter verfolgt werden. Wichtig für meinen Gedankengang ist, daß sich alternative Wissenschaftspolitik zu allererst entscheiden muß, ob sie mit der aktuellen Wissenschaft und Technologie zu operieren gedenkt oder aber auf ein

logischer Sachverstand. Kann die Demokratie die ökologische Krise bewältigen oder brauchen wir eine Ökodiktatur? St. Gallen 1991; U. Beck: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main 1993; H. Zillesen, P. C. Dienel, W. Strubelt (Hg.): Die Modernisierung der Demokratie. Internationale Ansätze, Opladen 1993.

2 R. Mocek: Interdisziplinarität über die Grenzen der Wissenschaft hinaus, in: Ökologie und Interdisziplinarität – eine Beziehung mit Zukunft? Herausgegeben von Ph. W. Balsiger, R. Defilla und A. Di Giulio. Basel, Boston, Berlin 1996.

neues Level von Wissenschaft und Technik hinauswill, also eine neue Wissenschaft und Technologie anstrebt, die mit den Bewegungsgesetzen und Strukturmerkmalen der modernen Erscheinungsform dieser beiden Grundkräfte moderner Produktionskultur nichts mehr gemein hat. Ich denke, daß man sich zu dieser Grundfrage klar äußern muß, will man alternative Wissenschaftspolitik machen.

Bleibt man bei der aktuellen Erscheinungsform von Wissenschaft und Technologie, wofür ich ohne Wenn und Aber votiere, dann bleiben linker alternativer Wissenschaftspolitik im Grunde zwei Wirkungsfelder: *das eine*, daß sie den Bewegungsgesetzen, die Wissenschaft und Technologie immanent sind (oder sein mögen), nachspürt und hierbei auf Wahrung von Substanz, auf Förderung sozial erwünschter Entwicklungen, Tendenzen und Faktoren sowie auf Beherrschbarkeit und Lenkung in einem wohlverstandenen Sinne aus ist (jedes objektive Gesetz ist lenkbar, d.h. im Rahmen seiner Wirkungsmechanismen gestaltbar); und *das andere* – und das ist das eigentlich Wichtige und politisch Relevante –, daß sie die Verfügungsgewalt über diesen mächtigen Sachapparat unter demokratische Kontrolle nimmt, gegebenenfalls neue Kontrollmechanismen schafft oder die Kontrollfunktionen neu verteilt.

Daß damit nicht gesagt ist, auf die Ausarbeitung von Modellen zu verzichten, mit denen künftige ökovertträgliche Funktionsgesamtheiten technologiegetragener Gesellschaften beschrieben werden, muß jedoch doppelt unterstrichen werden. Aber diese Modelle darf man nicht mit den Aufgaben verwechseln, die vor der Wissenschaftspolitik jetzt, hier und heute stehen.

Und damit bin ich bei dem Streitpunkt angelangt, der gegenwärtig in den Debatten um linke Wissenschafts- und Technologiekonzepte eine große Rolle spielt: Gemeint ist die Kontroverse um das im Januar 1997 vorgestellte Wissenschaftskonzept der PDS. Die erste öffentliche Stellungnahme zu diesem Papier lotete gleich mitten hinein in die schwierige Diskussionslage linker Denkangebote zu diesem Thema. Torsten Bultmann, seines Zeichens Bundesgeschäftsführer des BDWi und damit ein Mann aus einer für mich jedenfalls sympathischen Ecke, hat eine überaus heftige öffentliche Kritik an diesen »Wissenschafts- und hochschulpolitischen Grundsätzen« der AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der PDS vorgelegt<sup>3</sup>, die durch die List und Last ihrer Argumente zu einer grundsätzlichen Betrachtung über die Möglichkeiten alternativer linker Konzepte zur Wissenschafts- und Technologiepolitik herausfordert. Da ich selbst 1994 in UTOPIE kreativ<sup>4</sup> Überlegungen zu einem alternativen Wissenschaftskonzept publiziert hatte, deren Grundgedanke auch in dem PDS-Papier auftaucht, greife ich die Gelegenheit auf, um angesichts der Kontroverse zwischen Bultmann und dem PDS-Papier, die auch eine Ausarbeitung von Hubert Laitko einschließt<sup>5</sup>, diesen eigenen Vorstoß zu reflektieren. Eine Verteidigung des PDS-Papiers ist dabei meine Sache nicht, obwohl ich mehrfach darauf zu sprechen kommen werde.

3 AG Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der PDS: Wissenschafts- und hochschulpolitische Grundsätze der PDS, (Manuskript) Berlin Januar 1997. T. Bultmann: Wissenschaft als nationales Hochleistungsprojekt. In: Forum Wissenschaft, 2/97, S. 34-37.

4 R. Mocek: Von der Möglichkeit einer »organischen Wende« in der Forschungs- und Technologiepolitik. In: Utopie kreativ, 47/48, 1994, S. 74-86.

5 H. Laitko: Wissenschaft und Gesellschaft. (Manuskript) Berlin 1997.

Ich hatte seinerzeit vorgeschlagen, ein linkes Wissenschaftskonzept um die Idee einer »organischen Wende« in der Wissenschafts-

politik zu gruppieren. Danach sollte schrittweise *erstens* durch die Umgestaltung der forschungspolitischen Prioritäten, *zweitens* durch die Bildung außerparlamentarischer wissenschaftspolitischer Gremien, *drittens* durch die Neuorganisation des akademischen Studiums auf eine ökologisch konzipierte Einheit der Wissenschaften und der Technik, *viertens* schließlich durch den vorrangigen Ausbau von Wissenschaftseinrichtungen, die bereits auf diesem Wege gehen, längerfristig eine innere Umgestaltung des Wissenschaftssystems angestrebt werden. Diese vier Punkte waren von mir ausdrücklich als Ausschnitt einer weitaus umfangreicheren Liste von möglichen Veränderungen bezeichnet worden und sollten nur abstecken, daß auf diesen vier Feldern der vergesellschafteten Wissenschaft simultan vorgegangen werden müßte. Keine der vier Veränderungen würde zu abrupten Umsteuerungen und damit finanziellen Verlusten durch Abbruch bereits laufender Vorhaben nötigen. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenz in parlamentarische und außerparlamentarische Gremien würde zudem der Allmacht der wissenschaftspolitischen Staatsexpertokratie wie auch der Großindustrie einen Riegel vorschieben. Der demokratiepolitische Ausdruck für den angestrebten Modus ist in einer steten Wechselbeziehung der Wissenschaft mit Politik und Bürgerschaft zu sehen.

Diese Umgestaltung scheint nötig zu sein, um zukunftsgestaltende und -erhaltende Aufgaben in einem weit stärkerem Maße ins Auge zu fassen, als das bislang möglich ist – was gleichbedeutend ist mit einer Neuordnung der gesellschaftlichen – will heißen: politischen – Verfügung über die Wissenschaft. »Links« habe ich dieses Konzept genannt, weil es traditionell linken Grundwerten verpflichtet ist wie Gestaltung (und Erhaltung) einer humanen Lebenswelt, Gleichheit durch Gleichberechtigung, Wahrung des Gemeinwohls, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Solidarität, gleichberechtigter Zugang zu den gesellschaftlichen Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, die Chance zur Mitgestaltung. In diesem Konzept wähne ich mich unbeeinflußt von dem wieder ins Gerede gekommenen pseudomarxistischen Konzept des technologischen Determinismus, denn ich traue der politischen Gestaltungskraft sehr viel zu, ohne allerdings momentan die gesellschaftlichen Kräfte ausmachen zu können, die ein solches alternatives Wissenschaftskonzept durchzusetzen vermögen. Ein für die »Volksexperten« gebildetes Gremium mit definierten Entscheidungsbefugnissen steht natürlich in den Sternen<sup>6</sup>, ist jedoch als Programmpunkt einer politischen Partei durchaus denkbar.

Doch bleiben wir bei dem Problem, was ein alternatives politisches Programm linker Provenienz sein sollte und sein könnte. Vom Inhalt her wären die oben bereits genannten Gesichtspunkte noch einmal – etwas verallgemeinert – aufzugreifen: die Ersetzung -forschung, hin zur ökologischen Forschung); Veränderungen im Organisationslevel, um demokratische Kontrolle und Mitgestaltungswege zu ermöglichen; eine schrittweise Korrektur von Verfügungsgewalten, so sich diese auf die Vernutzung von Forschung für wissenschafts- und technikgestützte Strategien der Kapitalverwertung ohne Rücksicht auf die Gesamtwohlfahrt richten; vorrangiger

6 Diesen Gedanken habe ich übrigens aus der Literatur entnommen, worauf hier noch einmal hingewiesen sei (Vgl.: H. Zillesen, P.C. Diemel, W. Strubelt in Anm. 1).

Ausbau bereits vorhandener alternativer Ansätze. Alle vier Punkte zusammen bilden den Kern einer gesellschaftlichen Umorientierung der Wissenschaft, was bedeutet, die Wissenschaft mit politischen Mitteln auf andere gesellschaftliche Ziele zu richten.

Alternativ heißt also, eine andere Politik gegenüber der Wissenschaft, nicht aber eine andere Wissenschaft anzustreben.

Jedoch: Diese gesellschaftliche Umorientierung der Wissenschaft ist auf zwei gänzlich unterschiedliche Weisen interpretierbar! Einmal, indem man davon ausgeht, daß diese Umorientierung den objektiven Prozessen der Technisierung des gesellschaftlichen Lebens zu folgen hat, die in den Herausforderungen der Informationsgesellschaft an die Neuorganisation des gesamten sozialen Lebens ihren Kernpunkt haben. Also: Man zielt darauf ab, die Wissenschaftspolitik als Steuerinstanz zu qualifizieren, um mit ihrer Hilfe die neuen Gegebenheiten einer wissenschaftlich-technisch strukturierten Arbeits- und Lebenswelt besser meistern zu können. In eine davon gänzlich unterschiedene Richtung weist die andere Interpretation! Sie orientiert darauf, eine gerechtere Gesellschaft herbeiführen zu helfen, eine demokratische Gesellschaft freier Gleicher – oder wie man das im traditionellen linken Vokabular immer ausdrücken mag. Natürlich müßte sich auch diese Strategie auf die neu heraufziehenden Gegebenheiten der Informationsgesellschaft einstellen – doch nicht mit »anpassender« Intention, sondern mit der erklärten Absicht, diese neuen Ströme der Entwicklung der Produktivkräfte in ein humanes Grundanliegen zu integrieren – eben das der Gestaltung einer gerechten humanen Sozialordnung. Wie diese konkret auszusehen hat, ist jedoch keine wissenschaftspolitische Frage und verweist auf einen möglichen gesellschaftstheoretischen Rahmen für eine solche linke Umgestaltung im Bereich der Produktivkräfte. Fest steht, daß eine solche Gesellschaftstheorie vor allem hinsichtlich der Verfügungsgewalten über die Wissenschaften und Technologien und die Wege zu einer nicht mehr kapitaldominierten demokratischen und gerechten Gesellschaft klare Aussagen vorlegen muß.

Der fehlende gesellschaftstheoretische Unterbau für Alternativen zur Wissenschafts- und Technologiepolitik bedingt natürlich die relative Unsicherheit in der Reichweite und faktischen Durchführbarkeit alternativer Wissenschaftskonzepte. Das wird auch durch Bultmanns Kritik nicht behoben, zumal dieses Defizit in seinen Darlegungen keine Rolle spielt. Aber den Finger legt er schon auf diese Wunde. Denn ohne gesellschaftstheoretische Basis ist die Verführung groß, den ersten der beiden oben genannten Interpretationswege zu beschreiten und damit schlicht und einfach den Anspruch zu erheben, die ganze Chose unter den gegebenen Bedingungen besser zu machen als die Rüttgers-Administration. Und das ist auch der politische Kern der Kritik Bultmanns an diesem PDS-Konzept zur Wissenschaftspolitik; und er vermutet, daß es eine Plattform sei, von der die PDS ihre Qualifikation für eine künftige Regierungs-Mitverantwortung ableiten würde. Man darf gespannt sein, was Bultmann schlußfolgern wird, wenn die nun in Gang kommenden PDS-Gremien dieses Papier von Grund auf umgestalten werden (wovon ich überzeugt bin). Denn daß die

Diskussionsvorlage einer AG der PDS bereits den Standpunkt der PDS ausdrückt, bevor das Ganze nicht durch die verschiedenen Gremien gelaufen ist – und das ist erfahrungsgemäß ein steiniger Weg –, sollte man nicht annehmen. Aber als Warnschuß vor den Bug der PDS kann man die schroffe Verortung dieses Papiers durch Bultmann sicher werten.

Nun scheint es tatsächlich so zu sein, daß die im Vorstehenden zuerst genannte Variante herzlich wenig von dem an sich hat, was man mit dem Gedanken eines alternativen linken Konzeptes zur Wissenschafts- und Technologiepolitik in Verbindung bringen würde. Jedoch: Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Selbstredend hat sich ein ernsthaftes linkes Konzept für eine alternative Wissenschafts- und Technologiepolitik in jedem Falle auch mit den sozialen Folgen der neuen technologischen Wirklichkeiten zu befassen – ein Ausblenden dieser Dimension würde das ganze Vorhaben in eine bedenkliche Nähe zu utopischen Konstruktionen bringen, die in ihrem Forderungskatalog beim Übermorgen ansetzen und meinen, das Heute und Morgen würde schon irgendwie in die Nähe des eigenen Ansatzes führen. Alternative Politik hat sich von ihrem ersten Schritt an zu bewähren, nicht aber erst nach dem hundertsten! Zeit zum Probieren wird nicht gewährt – weder vom aktuellen Sachwalter noch vom Wähler –, ganz abgesehen davon, daß die hochkomplexen sozialen Wissenschaftssysteme nicht als Experimentierfeld für irgendwelche neuen Einfälle erhalten können. Insofern ist die genaue Prüfung des status quo unabdingbar, wenn man alternative Überlegungen ins Spiel bringen will.

Unter diesem Aspekt ist es schon lehrreich, das PDS-Papier zu prüfen wie auch die Kritik Bultmanns. Auf den ersten Blick scheint in diesem Papier der erstgenannte Aspekt der beiden Interpretationsmöglichkeiten einer gesellschaftlichen Umorientierung von Wissenschaft und Technologie zu dominieren, d.h. die Hauptaufgabe wird darin gesehen, Wissenschaftspolitik auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft auszurichten. Als Ziel wird dabei ein hocheffektives Wissenschaftssystem formuliert, was – da der Hinweis auf die Verfügungsmacht zunächst ausgeblendet bleibt – das ganze Programm in eine bedenkliche Nähe zu den Effizienzwünschen der Rüttgers-Administration bringt. Denn die PDS betrachtet es als »ein erstrebenswertes Ziel, die Bundesrepublik Deutschland zu einer in prosperierende europäische und globale Austauschbeziehungen eingebetteten wissenschaftlichen Hochleistungsregion auszubauen« (S. 3). Diesen Satz muß man erst ein wenig auf sich einwirken lassen; es ist mir völlig verständlich, daß linke Wissenschaftstheoretiker mit einem erbitterten Aufschrei auf einen solchen Satz reagieren! Aber man darf eben den folgenden Satz nicht überlesen, der einen Absatz weiter unten steht: »Ihre [der PDS] Wissenschaftspolitik ist darauf gerichtet, die Bedingungen dafür zu schaffen und sichern zu helfen, daß die Wissenschaft in wachsendem Maße für die Gestaltung einer menschenwürdigen Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft im ganzen und jedes einzelnen ihrer Mitglieder wirksam wird und antihumane Fehlentwicklungen und Mißbräuche durch demokra-



tische Kontrolle zuverlässig verhindert werden.« (S. 3) Damit sind die beiden – wie man meinen könnte: schier unverträglichen – orientierenden Ausgangspunkte des PDS-Papiers zitiert. Ihre Gegenüberstellung zeigt, daß es ungemein schwierig ist, ein alternatives wissenschaftspolitisches Konzept vorzustellen, wenn man sich gleichzeitig einbringen muß in den Diskurs zur Lösung ganz aktueller Probleme der Wissenschaftsentwicklung. Das PDS-Papier ist in diesem Sinne eine Schimäre; es versucht beides und setzt sich so der Kritik von beiden Seiten aus.

Die Grundfrage, die sich letztlich dahinter verbirgt – und vor der auch die Ausarbeitungen von Hubert Laitko wie meine eigene stehen –, läuft auf das Selbstverständnis alternativen Denkens hierzulande hinaus. Denn bei genauerem Hinsehen lotet der Spagat des PDS-Papiers, sowohl ein Hochleistungssystem anzustreben als auch dessen humane und sozialgerechte Nutzung garantieren zu wollen, das Feld der zu beschreitenden Möglichkeiten nicht aus, ja, konzentriert sich zu sehr auf den ersten Aspekt und erschöpft sich in seinen Überlegungen zum zweiten Aspekt in allgemeinen Forderungen. Das Aussparen eines gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmens – natürlich in Ansehung des unbefriedigenden Vorliegenden – geht nicht spurlos an diesem Konzept vorüber; wen wundert es. Insofern ist, ich wiederhole es, Bultmanns Kritik nachvollziehbar.

Der theoretische Kern der Kritik Bultmanns an dem PDS-Papier, die aber alle Versuche betrifft, ein bestehendes Wissenschaftssystem in eine andere Wissenschaftspolitik zu übersetzen, besteht darin, daß sich die Autoren einem technologischen Determinismus ergeben hätten, wonach alle gesellschaftlichen Entwicklungen völlig, zumindest aber in den wichtigsten Punkten, durch die quasi naturgesetzliche Unabänderlichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt würden. Es bedarf keines Beweises, daß mit einer solchen Annahme der Glauben an die Kraft des politischen Veränderungswillens schlichtweg untergraben wird. Eben das glaubt Bultmann für das PDS-Papier und die herrschende Wissenschaftspolitik feststellen zu können; er nennt es »ideologische Selbstunterwerfung« unter die herrschende wissenschaftspolitische Strategie.

Schauen wir auf das theoretische Problem, das in dieser Kritik Bultmanns enthalten ist: Wie steht es mit diesem technologischen Determinismus in seinem Verhältnis zu linker Wissenschaftspolitik? Oder, genauer gefragt, gibt es diesen eigengesetzlichen Entwicklungsverlauf der Wissenschaft, und ist adäquate Wissenschaftspolitik nur auf der Grundlage einer möglichst genauen Einsicht in diese Gesetze möglich?

Wohl jeder, der sich mit dem Ensemble der Theorien der Wissenschaftsentwicklung seit Fleck und Kuhn und dem Finalisierungskonzept usw. befaßt hat, weiß um die letztliche Unentscheidbarkeit bzw. Unsicherheit in dieser Frage. Daß sich so etwas wie eine Eigenlogik in diesem Fortschreiten (von Fortschritt der Wissenschaft will ich Bultmann zuliebe hier nicht sprechen) herausgebildet hat bzw. im nachhinein rekonstruktiv sichtbar zu machen ist, wird jedoch allgemein anerkannt. Um wieder pro domo zu sprechen, also in bezug auf das von mir vorgelegte Konzept, so

gehe ich davon aus, daß die Entwicklung der Wissenschaft von eigenen kognitiven Parametern gekennzeichnet ist. Es wäre jedoch völlig unangemessen anzunehmen, daß sich die Wissenschaft nur in diesem Rahmen bewege. Man kann sogar, auch wenn man mit nur wenig Wissenschaftstheorie im Rücken argumentiert, sagen, daß sich überall die Wissenschaft trotz oft eminenten äußerer Gegenwirkungen und diametraler Einflußfaktoren letztlich doch nach einem erkennbaren kognitiven Muster gestaltet. Darauf beruht beispielsweise das Mertonsche Programm, die gesellschaftlichen Umfelder so zu gestalten, daß sich diese Muster entsprechend auslegen können; also die Frage zu stellen, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muß, damit sich die Wissenschaft optimal entfalten kann.

Wenn eine bestehende Gesellschaft über ein hohes technologisches Potential verfügt, dem sie wirtschaftliche Prosperität, vor allem aber eine Menge an Kultur und Bildung und damit an Zivilisationswerten verdankt, dann wäre es im höchsten Maße irrational, wenn sie nicht behutsam mit diesem Potential umgehen würde. Diese Vorsorge und das Erkunden des empfindlichen Bedingungsrahmens für ein funktionierendes Wissenschafts- und Technologiesystem haben also zunächst nichts mit technologischem Determinismus zu tun, sondern sind nichts weiter als das Wahrnehmen einer gesellschaftlichen Sorgfaltspflicht – und mithin eine politische Aufgabe, die man von der herrschenden Wissenschaftspolitik erwarten und einfordern muß. Und das träfe auch auf eine von Sozialisten oder linken Reformern in einem kapitalistischen Staate realisierte Wissenschaftspolitik voll und ganz zu!

Dabei ist es völlig einsichtig, daß die Gesellschaft neue Ergebnisse aus Wissenschaft und Technik erwartet, ja in bestimmten Bereichen auf den Zustrom neuer Forschungsergebnisse angewiesen ist. Hat sie doch seit mindestens 250 Jahren – wenn ich mal den Blitzableiter herausgreife, der irgendwie am Anfang der gesellschaftlichen Nutzung der Naturwissenschaften stand – aus den Erfindungen von Wissenschaft und Technik auch bestimmte Verhaltensweisen entnommen, die sich bald zu dominierenden, ja strukturierenden sozialen Faktoren entfalteten; man denke nur an die Auto- und Fernsehkultur. Egal nun, ob man das positiv sieht oder nicht, wie Torsten Bultmann, der das Angewiesensein der Gesellschaft auf Wissenschaft und Technik als eine »grauenhafte Vorstellung« (S. 36) empfindet. Nun ja, es mag sein, daß wir inzwischen zuviel von diesem technikfolgenden Verhalten haben, aber an dem Sachverhalt ändert sich überhaupt nichts, wenn man ihn als grauenhaft reflektiert. Aber kann man aus dieser subjektiven Wertung eines Sachverhalts heraus den Autoren des Papiers den Vorwurf machen, sie würden »aus einem politisch gestaltbaren gesellschaftlichen Verhältnis eine Art naturwissenschaftlich-technische Determination« machen, um dann den metaphysischen Satz anzuhängen, der offensichtlich die neue Einsicht ausdrücken soll, wonach eine Gesellschaft nur in dem Grade frei sein kann, »wie sie sich von einer so verstandenen Wissenschaft emanzipiert« (S. 36/37)? Mit dem Verweis auf die Befreiung der Gesellschaft von irgendeinem Wissenschaftsaberglauben, den ich allerdings



weder bei Hubert Laitko noch in dem genannten Papier wiederfinden, kann ich schlechterdings nichts anfangen.

Und in Schutz nehmen muß ich Hubert Laitko von der ihm geradezu Dummlichkeit unterstellenden Behauptung Bultmanns, daß die Autoren von einer »kriterienlosen ... Expansion des Wissenschaftssystems ad infinitum« (S. 37) ausgehen würden. Hier überspannt Bultmann den Bogen der subjektiven Verortung der Autoren in unangemessener Weise. Ich ärgere mich immer darüber, wenn linke Autoren anderen linken Autoren derartige oder ähnliche Unsachlichkeiten an den Kopf werfen, und frage mich, wem damit eigentlich gedient ist. Daß es einen solchen Zustrom von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik gibt, ist doch unbestreitbar, und auch, daß moderne Gesellschaften bereits auf einen solchen Zustrom angewiesen sind. Die Frage ist, wie man damit umzugehen hat, d.h. wie sich die Wirtschaft darauf einstellt und es versteht, solche Möglichkeiten innovativ zu nutzen, Arbeitsplätze zu schaffen etc. Und damit sind wir, ob wir es wollen oder nicht, in der hautnahen Realität, und alles egalitäre Gerede hat keinen Sinn, wenn es das einfachste Egalitäre, nämlich das Bewahren der Arbeitskultur hiezulande, nicht gewährleistet.

Alternative Wissenschaftspolitik darf sich nicht nur schönen Thesen verpflichtet fühlen, sondern sie muß stets die soziale Funktionalität der wissenschaftlich-technisch strukturierten Lebenswelt im Auge behalten. Und hier gibt es tatsächlich linke Prioritäten – Arbeitsplatzsicherung und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Innovationsbereich gehören dazu; ein die Entwicklungswelt fördernder Transfer, Reduktion der Rüstungstechnik und Schaffung alternativer Produktionen in den entsprechenden Betrieben (auch ein Arbeitsplatzproblem), ökologische Bilanzen, Einhaltung internationaler ökologischer Verpflichtungen etc. – all das und manches dazu betreffen den Bereich der sozialpolitischen Umsetzung des Zustroms von Wissenschaft und Technik in die Gesellschaft. Wenn sich die Gesellschaft davon emanzipiert – was das auch immer heißen kann –, wird sie vielleicht frei, aber irgendwie dann auch frei von Arbeitsplätzen im Bereich der technologischen Innovationen.

Insofern ist linke Wissenschaftspolitik ein verantwortungsvolles Geschäft. Die Autoren, denen Bultmann gar die »Abschaffung des Politischen« vorwirft, versuchen gerade, die Durchsetzung neuer politischer Prioritäten plausibel zu machen! Bei Laitko und in dem PDS-Papier ist zu lesen, daß Wissenschaftspolitik gegen alle Verhältnisse gerichtet sein müsse, »unter denen wissenschaftliche Erkenntnis und wissenschaftliche Arbeit zu menschenfeindlichen Zwecken mißbraucht werden, den vitalen Bedürfnissen der Gesellschaft fernstehen oder zur maßlosen Bereicherung privilegierter Schichten auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit dienen« (Laitko, S.1). Das muß doch auch Bultmann richtig finden; und ich bin ratlos, wenn ich Bultmanns Vorwurf lese, daß solche und vergleichbare Darlegungen »vollständig einer traditionellen patriarchalisch-technokratischen Wissenschaftsauffassung verhaftet« seien (S. 34). Andere Passagen in Laitkos Papier, die auf die kapitalistischen Verwertungsmechanismen von Wissenschaft zielen und keine Selbst-

unterwerfung, hingegen klare kritische Positionen zur herrschenden Wissenschaftspolitik auf den Begriff bringen, erspare ich mir hier; sie sind leicht nachzulesen und auch in das PDS-Papier übernommen worden.

Was allerdings nicht zu übersehen ist: Beide Papiere analysieren die Potentiale der BRD-Wissenschaft und bringen sie in Relation zu ihrer Leistungsfähigkeit. Aber diese Leistungsfähigkeit wird an keiner Stelle dieses Papiers als Ausdruck der Stärke dieses Systems, dieses Landes, gar als Zeichen einer nationalen Verantwortungsgemeinschaft zwischen Kapital und PDS dargelegt, wie man, gar nicht einmal böswillig, Bultmanns Vorwürfe zusammenfassen kann, sondern stets gewendet auf die Zurverfügungstellung der darin liegenden Ressourcen für das Wohl der Menschen, die das ja alles bewerkstelligen. Daß sich diese Analyse auch auf wissenschaftstheoretische Hypothesen aufsetzt und den Vorteil von Elitenbildungen anspricht, gehört sicher nicht in ein Wissenschaftspapier einer solchen Provenienz. Allein: Das rechtfertigt nicht die scharfe Abkanzlung. Laitkos Papier und die PDS-Grundsätze sind ersichtlich nicht auf ein Besserwissen gerichtet, sondern auf das Sichtbarmachen der sozialen Aufgabe Wissenschaft hierzulande.

Und worin besteht der rationale Kern der Bultmannschen Kritik? Die Interpretation der These von der Produktivkraft Wissenschaft in ihrer fortschrittsdeterminierenden Rolle ist in der Tat ein Erbübel der in der DDR verbreiteten Charakteristik des Verhältnisses von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt. Wir aus der marxistischen Tradition sind mitunter Gefangene der gelegentlich von Marx vorgebrachten Sentenz von der Entwicklung der Produktivkräfte als naturgeschichtlichem Prozeß. Wenn man diesen Satz ganz wörtlich nimmt (und nicht mehr die Marxschen Sätze im Gedächtnis hat, wonach nur der handelnde Mensch Geschichte macht), dann wird die Gesellschaft in die paternalistische Obhut durch Wissenschaft und Technik genommen, nicht aber das umgekehrte Verhältnis eingefordert, nämlich die Wissenschaft nach Maßstäben gesellschaftlicher Verantwortungen und Bedürfnisse zu leiten. Linke Politik darf nie übersehen, daß alles, was in Gesellschaften geschieht, das Ergebnis des menschlichen Umgangs mit den Dingen und Prozessen ist – was nicht durch eine Betrachtungsweise ersetzt werden darf, wonach alles nur ein kluges, aber eben nur sachzwangfolgendes Reagieren ist.

Daß der Realsozialismus in seinen letzten Jahren zu guten Teilen einem solchen technologischen Determinismus verfallen war, ist bekannt. Doch wenn man die Eigenlogik wissenschaftstragender Technologien akzeptiert, dann ist man nur dann in ein von der Theorie suggeriertes Abhängigkeitsverhältnis geraten, wenn man all das vergißt, was bei Marx schon recht früh eine große Rolle spielte – nämlich die Industrie nicht nur in einer »äußern Nützlichkeitsbeziehung« zu sehen, sondern »in ihrem Zusammenhang mit dem Wesen des Menschen«<sup>7</sup>. Die Industrie hat eminent praktisch – so Marx weiter – »in das menschliche Leben eingegriffen, dieses umgestaltet und die menschliche Emanzipation vorbereitet«, wie sie zugleich »unmittelbar die Entmenschung vervollständigen

7 K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: MEW, Ergänzungsband. Erster Teil, Berlin 1968.

8 Ebenda, S. 543.

mußte«. In der Industrie haben wir, so Marx, die vergegenständlichten menschlichen Wesenskräfte »unter der Form der Entfremdung ... vor uns«<sup>8!</sup>

Doch hat sich Marx mit dieser Entmenschung – ein anderer Ausdruck für Entfremdung in dieser Schrift – etwa abgefunden? Seine ganze Theorie zielt auf die Überwindung dieser Entfremdung! Das kann ja nun für den Marxisten, vor allem den geschichtsgebeutelten, nichts anderes heißen, als sich eben nicht einem Naturprozeß der Produktivkraftentwicklung anzupassen! Die Wege zu dieser Überwindung freilich schreibt jeder Abschnitt der Geschichte neu; und Marxens Empfehlung von damals, daß allein die Abschaffung des privaten kapitalistischen Eigentums diese menschlichen Wesenskräfte von den Zwängen der Entfremdung befreien und auf diesem Wege mit der Entmenschung Schluß machen werde, hat heute einen anderen Kontext.

Auch hier begegnet uns das oben bereits bezeichnete Problem, daß wissenschaftspolitische Alternativen, linke zumal, einer tragfähigen Gesellschaftstheorie bedürfen, die sich in Marxens Denkwelt auskennen muß, diese aber nicht einfach nur zu rekonstruieren hat. So, wie Adam Smith die Idee von der wertschaffenden Natur der Arbeit hatte, ihr aber eine gänzlich privatkapitalistische Perspektive entnahm und durch Hegels Diktum von der Selbsterzeugung des Menschen, die als Vergegenständlichung und Entgegenständlichung ein Resultat seines tätigen Verhaltens sei, überwunden wurde, so hat Marx Hegels Auffassung, daß die Herausformung der menschlichen Gattungskräfte nur im entfremdeten Zustand überhaupt möglich sei, durch die These von der Aufhebung der Entfremdung als Grundlage menschlicher Emanzipation weitergeführt. Heute sucht die marxistische Bewegung nach dem nächsten Erkenntnisschritt, hat sich doch der Marxsche Weg zur Aufhebung von Entfremdung als dornenreich und neue Entfremdungen schaffend erwiesen.

Rein problemlogisch betrachtet könnte man nun nach neuen Formen der Aufhebung von Entfremdung suchen oder aber das Problem von Anfang an neu stellen, d.h. nicht im Werdeprozeß der Wesenskräfte in der Arbeit und ihrem historischen Schicksal den Schlüssel für die Befreiung der Menschheit suchen, sondern im Umgang mit den Früchten der Arbeit, die heute weniger als früher auf dem Modell des Arbeitsprozesses wachsen, das man in der Geschichte des gesellschaftstheoretischen Denkens früher einfach zugrundelegen mußte. Doch das ist, zitieren wir Fontane, »ein weites Feld« künftiger Anstrengung des (marxistischen?!) Begriffs.

Damit sind wir wieder bei der Frage nach der Notwendigkeit einer gesellschaftstheoretischen Fundierung alternativer sozialistischer oder linker Politik angelangt. Denn allein über eine solche Gesellschaftstheorie könne sich – so wird nicht selten argumentiert – das »Alternative«, was man konzeptionell abstrebt, bestimmen lassen. Sonst hieße »alternativ« nichts anderes, als etwas – eben die Wissenschaftspolitik – »anders« zu machen, als es die herrschende Wissenschaftsadministration bereits tut. Das Gegenargument ist auf den ersten Blick schwach, denn es verweist nur auf die schiere Unmöglichkeit, eine solche gesellschaftliche Alternative zur ver-

fassungsdemokratischen marktwirtschaftlichen kapitalistischen Gesellschaft von heute auf morgen aus der Tasche zu ziehen. Aber die Linken sollten sich um alles in der Welt nicht darauf einlassen, erst dann konzeptionell in die aktuellen Debatten einzugreifen, wenn sie sich gesellschaftstheoretisch entsprechend neu gerüstet haben. Das würde bedeuten, sich zunächst aus allem auszuklinken – und das kann man sich nicht leisten, wenn man politische Ansprüche stellt.

Doch das soll keinem Theorienihilismus Vorschub leisten! Denkangebote zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft gibt es genügend! Und wenn auch der ganze sozialphilosophische Rahmen des Marxismus-Leninismus zerbrochen scheint, so wäre es geradezu fatal, würden sich die marxistischen Theoretiker auch von den punktuellen Ansätzen verabschieden, die in der marxistischen Theorie solide gewachsen sind und auch heutzutage im gesellschaftstheoretischen Konzert mitzuspielen vermögen – ich meine hier vor allem das Konzept der Produktivkrafttheorie, das eben gerade deshalb, weil es den Wirkungsrahmen der Produktionsverhältnisse einbezieht, vom modernisierungstheoretischen Konzept nicht nur grundlegend verschieden ist, sondern mit diesem auch keinen Vergleich zu scheuen braucht.

Was die Produktivkrafttheorie nämlich leistet – auch wenn ihr dieser Aspekt in früheren Diskussionen nicht selten kuptert worden war –, das ist eben die unbedingte Beachtung des jeweiligen sozialen Bodens, der für die Produktivkräfte selbst strukturierend wirkt. Von einer Unterordnung aller gesellschaftlichen Belange unter die Dominanz der Produktivkräfte kann im marxistischen Verständnis keine Rede sein. Wir haben in der Vergangenheit nicht selten die »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft« zur alleinigen (und zugegeben bewußt vereinfachenden) Maxime für diesen Vorgang erklärt, ohne stets mitzudenken, daß dieser in der genannten Formel ausgedrückte Sachverhalt im Grunde genommen nur denkbar ist unter der Voraussetzung der gleichzeitigen Vergesellschaftung der Wissenschaft. Das heißt ins Wissenschaftspolitische übersetzt, daß man sich eben nicht auf ein Nachschreiben der Tendenzen der modernen Produktivkräfte beschränken darf, denen man dann alles optimal anzupassen hat, sondern daß man vor allem die gesellschaftlichen Anforderungen an diesen Prozeß der Produktivkräfteentwicklung sichtbar machen muß, weil man die (theoretisch zu-gebilligte) Chance hat, die Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft zu formen.

Damit will ich selbstredend der nötigen Theoriedebatte unter den Marxisten zu diesem Thema nicht das Wort abgeschnitten haben; allein der Hinweis darauf, daß linkes alternatives Denken auf Dauer der Theorie nicht entraten kann – ohne daß sie sich erneut an ein theoretisches Gerüst klammern darf – ist unter den gegebenen Bedingungen wichtig genug.

Kommen wir abschließend noch zu einem Begriff, der in einer ähnlichen Spannung zwischen »naturgesetzlich« und »handlungsgestaltet« steht und der von der Wissenschaftsforschung unserer Tage genau zu prüfen ist, weil er auf den neuen Trends der Pro-

duktivkräfteentwicklung aufzusitzen scheint – die Globalisierung. Streng betrachtet würde, wenn der Globalisierungsprozeß tatsächlich eine objektive sachzwanghafte Erscheinung wäre, jeder Widerstand gegen ihn sinnlos sein, weil ohne Erfolgsaussichten, oder direkt schädlich, weil man mit einem Gegensteuern auch die eventuellen positiven Erträge, die das Ganze ja durchaus haben könnte, verpaßt. Die Alternative zu dieser Deutung der Globalisierung als naturgesetzlichen Vorgang wäre, daß man die Globalisierung als einen vom internationalen Kapital erstrebten Vorgang betrachtet, der mit allen zur Verfügung stehenden politischen, ökonomischen, informationellen und ideologischen Mitteln durchgesetzt wird.

Schaut man auf beide Versionen, dann könnte man meinen, daß der Unterschied allenfalls ein semantischer sei – die Globalisierung setzt sich durch bzw. wird durchgesetzt. Doch die politische Dimension dieser Unterscheidung ist bedeutend, nicht nur für eine allgemeine Grundlinienentscheidung in der Politik, sondern auch für die Wissenschaftsforschung. Geht man davon aus, daß der Globalismus von Wissenschaft und Technologien getragen wird, also einer unausweichbaren Logik der Produktivkräfteentwicklung entspricht, dann hat man tatsächlich kaum eine andere Möglichkeit (neben der absoluten Verweigerung, die aber in der PDS keine Lobby hat), als diesen Prozeß gedanklich und politisch zu befördern. In marxistischer Terminologie heißt das, man muß der Entwicklung der Produktivkräfte die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse schaffen – diese wären der Form nach kapitalistisch, dem Inhalte nach – ja was: etwa vernünftig? Eine für linkes politisches Traditionsbewußtsein gewiß problematische Schlußfolgerung. Aber: Sie ist aus den Analysen der weltweiten Vernetzung der kommunikativen, produktiven und reproduktiven Strukturen, auf denen die Informationsgesellschaft aufbaut und denen sie ihren Namen verdankt, durchaus zu ziehen!

Man könnte sich in einen Kompromiß flüchten und annehmen, daß der Globalismus beides ist, naturhistorischer Prozeß und politische Strategie des Kapitals zugleich. Ziehen wir dann den Hut vor soviel Übereinstimmung des Kapitalismus mit den Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte? Das ist eine schwierige Frage, obwohl sie zunächst einfach abzublocken ist mit dem Hinweis, daß ein Prozeß mit gleichsam naturgeschichtlicher Logik stets nur in zweiter Hinsicht auch Strategie sein kann – prozeßfolgende nämlich. Also: Dann wäre es kein »Sowohl-als-auch«, sondern Naturgesetz, dem das kluge Kapital jedoch kompromißlos folgt.

Beim zweiten Hinsehen allerdings mahnt uns die marxistische Theorie, daß die Entwicklung von Produktivkräften nicht unabhängig von den gegebenen Produktionsverhältnissen gesehen werden dürfe. Zwar bringen die Produktionsverhältnisse keine technologischen Neuerungen aus sich heraus zustande – sie saugen solche aus der Logik der Produktivkräfte hervorgebrachten Neuerungen aber begierig auf, wenn sie profitabel umzusetzen sind. Insofern bilden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Geburtshelfer und Applikationsdruck zugleich für neue Erkenntnisse und Technologien, aber auch – ebenso im ABC des Marxismus nachzulesen –

für die stets kursierenden Destruktivkräfte, die derselben Logik entstammen.

Insofern ist es seit jeher marxistischer Kapitalismuskritik eigen, die destruktiven Tendenzen des Kapitals aufzudecken und zu bekämpfen. Über die Tatsache, daß sich in der Globalisierung auch derartige destruktive Tendenzen durchsetzen werden, wenn sie im Kapitalinteresse liegen, kommt man zu der gewiß überraschenden Einsicht, daß die in der medialen Propagandawelt angezielte Globalisierung die Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung im Sinne kapitalistischer Produktionsverhältnisse umreißt, jedoch niemals einen gesellschaftsneutralen Vorgang meint!

Was auf uns zukommt, ist also keine kapitalfern nur der Logik der Technologien folgende Gesellschaftsneuerung, sondern ist ganz abbildlich das, was aus der Gesellschaft wird, wenn die kapitalistische Verfügungsgewalt über die sozialprägenden Faktoren der Technologien ungehemmt ist und keine politisch-alternativen und nationalen Bremspotentiale mehr auszumachen sind. Das ist allerdings ein düsteres Bild der Globalisierung; ein naheliegendes ist es allemal. Das alles deutet darauf hin, daß Globalisierung kein Naturereignis ist, sondern eine die Potentiale der modernen Produktivkräfte zielstrebig nutzende und auf die Gegebenheiten der kapitalistischen Produktionsweise projizierende gesellschaftliche Strategie.

Doch jetzt taucht die entscheidende Frage auf: Wenn das so ist, daß man Potentiale der modernen Produktivkräfte zielstrebig in den Dienst der Gesellschaft – also auch des emanzipatorischen Anliegens der Linken – stellen kann, dann ist auch ein alternativer Globalismus möglich! Bislang jedoch fehlen – so wie ich das sehe – hierfür die nötigen Denkansätze, denn auch im Programm der Zivilgesellschaft Antonio Gramscis spielt eine solche technologieunterbaute sozialistische Globalisierung keine Rolle. Insofern aber scheint sich der Disput um die Globalisierung nicht zu einer Kontroverse zwischen Zustimmung oder Ablehnung zuzuspitzen, sondern es geht um die sozialen Wertmaßstäbe, mit denen man das Ganze in den Griff zu bekommen versucht, um es in ein menschliches Gehäuse zu bringen und der Entmenschung vorzubeugen. Damit ist nicht nur eine linke alternative Wissenschaftspolitik angesagt, sondern, eigentlich viel grundlegender, eine linke alternative Gesellschaftspolitik, die sich nicht allein auf das nationale Umsteuern konzentriert, sondern diese globale Perspektive moderner Gesellschaften voll in den Blick nimmt!

Doch unabhängig von diesem perspektivischen Problem im eigenen Selbstverständnis: Linke Programme zu Wissenschaft und Technik müssen neue Wege erkennbar machen, neue Entwicklungen entwerfen und vielleicht schon einleiten. Utopisch sind sie allein deshalb nicht, weil sie solche Entwicklungen als reale Chance umreißen, ja belegen können, auch, wenn dabei noch so manche Nuß zu knacken ist.